

Vernunft in die Energiewende einspeisen

Horst Schnur 05.11.2013

Ich bin gegen die Zerstörung und Industrialisierung unseres Odenwälder Landschafts- und Erholungsraums, unserer geschlossenen Waldlandschaften und wertvollen CO₂-Speicher. Ich bin gegen Windparks mit Windrädern, höher als der Kölner Dom, auf den Höhen des Odenwaldes mit zugehörigen Straßen- und Leitungsbau in den Wäldern unserer Heimat. Der Eingriff in die Natur und die Auswirkungen für die Menschen ist unabsehbar. Daher unterstütze ich die Bürgerinitiative Gegenwind.

Mittlerweile ist es über alle Parteien hinweg Einvernehmen, dass die Energiewende hektisch und unüberlegt war, unkoordiniert und mit den europäischen Nachbarn unabgestimmt ist.

Ich bin zwar der Meinung, dass Kernkraft in extremen Situationen wie Katastrophen und Naturgewalten nicht beherrschbar ist und der Abfall aus den Kernkraftwerken noch immer nicht sinnvoll behandelt wird.

Dennoch legitimiert diese Auffassung nicht, ein politisch verursachtes, unkontrolliertes Energiechaos mit Aspekten der wirtschaftlichen Ausbeutung anzurichten und die Bevölkerung als Verbraucher unaufgeklärt zu lassen.

Die im Grundgedanken sinnvolle Energiewende ist unkoordiniert und chaotisch, hektisch und hysterisch und wird dadurch sozial ungerecht und volkswirtschaftlich unverantwortlich.

Solange entsprechende Speicherkapazitäten nicht entwickelt sind, muss für jeden Windpark ein Schattenkraftwerk bereitgehalten werden, wenn nicht genügend Windstrom die Spannung im Netz aufrecht erhält, und wenn in der Nacht nicht ausreichend Sonnenstrom erzeugt wird.

Strom wird an der Energiebörse in Leipzig täglich international gehandelt und ist derzeit so billig wie noch nie, für die Verbraucher aber so teuer wie nie zuvor. Die Energiepreise werden auch in der nächsten Zeit erneut steigen und zu einer Umverteilung von Vermögen von unten nach oben beitragen. Es ist unübersichtlich, in welchen Taschen die großen Finanzspannen landen.

Windparks tragen nicht dazu bei, CO₂ zu senken und einen wichtigen Klimaschutzauftrag zu erfüllen. CO₂ ist nämlich durch internationale Vereinbarungen in der Menge fixiert und wird im Emissionshandel gehandelt. Wer weniger CO₂ erzeugt, gibt eine Handelsmenge für Interessenten frei, die mehr Luftverschmutzung mit CO₂ vornehmen dürfen. Zum Beispiel Kraftwerke mit billiger Kohle und Braunkohle oder Zementwerke.

Wichtig erscheint mir, die unsinnigen Subventionen, die in mäßig oder gar nicht wirtschaftliche Windkraftanlagen fließen, besser in die Forschung von Stromspeichermöglichkeiten und die Erforschung weiterer Möglichkeiten der alternativen Energieerzeugung durch Wasserkraft, Meereswellen und Gezeiten, Wasserstoff, u.a., intelligente Energienetze mit Kopplung und Koordination unterschiedlicher Energieerzeuger, Energieeinsparung durch sinnvolle Dämmung und Umrüstung auf verbrauchsarme und preiswerte LED-Leuchten im öffentlichen, gewerblichen und privaten Raum. Verbunden hiermit ist es unerlässlich, unserem maßlosem "Verbrauch" Grenzen zu setzen und z.B. das Stromsparen wieder verstärkt in den Fokus zu rücken. Allein das Abschaffen des Standby-Modus unserer Elektrogeräte, würde 11 % des Stromverbrauchs der Privathaushalte einsparen. Und wie jedem bekannt ist, kann auch durch energiesparende Elektrogeräte und Dämmen von Häusern viel Energieverschwendung vermieden werden. Sicher ließen sich diese Beispiele bei der Industrie fortführen.

Ich bin der Auffassung, dass durch eine neue Bundesregierung auf Bundesebene das Bundesbaugesetz mit seiner Privilegierung für Windkraftanlagen und dem Bau von Windparks in Wäldern und das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) mit seiner Subventionsstrategie und der ungerechten Umverteilung der Energiekosten geändert werden muss.

Beobachter der gegenwärtigen Situation angesichts der entstehenden Windparks haben den Eindruck, dass gegen die Goldgräberstimmung bei den Kommunen und den privaten Waldbesitzern und der allgemeinen Weltklimarettungshysterie wenig rational zu argumentieren zu sein scheint. Sie stellen fest, dass es mittlerweile eine Reihe nicht-öffentlicher geheime Treffen der Waldbesitzer gibt, die von wem auch immer mit Pachtzusagen beeindruckt werden und zur Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

Die Kommunen hoffen, dass sie mit den Erträgen ihre Haushaltslöcher stopfen können. Das mag – wenn überhaupt – eine vorübergehende Erscheinung sein. Die wirklichen Ursachen für die Finanznot der Kommunen werden damit aber nicht geheilt. Der Anteil an dem gesamten Steueraufkommen wird nicht verbessert, um die gesetzlichen Lasten und Aufgaben erfüllen zu können, die ihnen durch Gesetzgebung und finanzielle Deckung zugewiesen werden. Daher sind die Pachteinnahmen für die Kommunen nur eine kosmetische Behandlung einer Eiterwunde.

Man fordert immer: Global denken und lokal handeln. Nun ist aber festzustellen, dass in der Energiewende national und lokal gedacht wird und noch nicht einmal europäisch. Keine der deutschen Maßnahmen ist mit Europa und erst recht nicht mit unseren unmittelbaren europäischen Nachbarn abgestimmt. Atomstrom aus Nachbarländern wird nach wie vor eingekauft und in unser Netz eingespeist.

Die Off-Shore-Windparks in der Nordsee werden nicht durch eine europäische Ringleitung miteinander verbunden.

Global produzieren Indien und China CO₂ weiter wie bisher, wenngleich zugegebenermaßen in China ein Wachstum des technischen Anteils für regenerative Energien gewachsen ist. Brasilien holzt weiterhin Regenwälder im Interesse globaler Märkte ab.

Wir verstehen uns als Vorbilder in der Welt, beseelt von einem Weltrettungsgedanken, und zahlen weiterhin steigende Energiepreise zur Unterstützung großer Konzerne. Es muss erlaubt sein, dagegen die Stimme zu erheben.